



**Unsere beste Vertretung
Mehr Bauer, weniger Partei**

**Unsere Kandidaten für die
bäuerliche Interessensvertretung
sind Unseren Bauern Verpflichtet**

KR Dipl.-Päd.
Klaus Wimmesberger
Zuchtschweine, Schafe
Stiermast, Ortsbauernobmann
Christlicher Lehrervertreter
Pram

KR ÖR
Johann Großpözl
Rinderzucht, Milch
Sigharting

Ilse Feldbauer
Schweinezuchtbetrieb
St. Willibald

Paul Pree
Rinderzucht, Milch
Bierbrauerei
Neumarkt im Mühlkreis

KR
Hannes Winklehner
Rindermastbetrieb
Neumarkt

 **Liste 2**
24. Jänner 2021
LWK-Wahl

Gudrun Roitner
Ackerbau
Direktvermarktung
Wilhering

**Wolfgang Werner
Neubacher-Kremeier**
Milchviehbetrieb
Scharten

Josef Mair
Obmann des LFL OÖ
Rinderzucht, Milch
Waizenkirchen

Augustine Hader
Zucht und Schweinemast
HBLA Lehrerin
Naarn

VP Vize.-Bgm.
Georg Schickbauer
Rinderzucht, Milch
Treubach

Andreas Burgholzer
Bio Ackerbau
Ried im Traunkreis

KR ÖR

Karl Keplinger
Rindermast, Mutterkuh
Helfenberg

DI
Josef Philipp
Schweinemast
Roitham

Andreas Etlinger
Rinderzucht/Milchprod.
Ternberg

ÖR
Stefan Wurm
Ackerbau
Gunskirchen

Andreas Ramsauer
Bio Milch
St. Lorenzen

Johannes Winkler
Bio Mutterkuh/Wald /Jäger
FP Gemeindevorstand
St. Johann/Wimberg

Diana Nöbauer
Rinderzucht, Milch
Schardenberg

Georg Ornetsmüller
Rinderzucht, Milch
Mettmach

Demokratie braucht ... Wahlmöglichkeit ... deshalb kandidieren wir

Wir lieben unser Land, unsere Höfe und unseren Beruf!

Mit Teamgeist und Engagement hat der UBV Leben in die LK OÖ gebracht. Der UBV ist mit Anträgen Sturm gelaufen: gegen die Arbeitsplatzvernichtung und Verschuldung unserer Höfe, gegen ruinöse Importe von Holz und Fleisch, für eine Senkung der Einheitswerte, für die Wiedereinführung der Tier- und Rübenprämien sowie des Agrardiesel und die Übernahme der SV-Beiträge durch den Härtefond der Bundesregierung als Corona Entschädigung. 151 Anträge wurden zum Wohle der Bauern eingebracht. Unverständlicherweise wurden fast 80 % der Anträge von der Mehrheitsfraktion abgelehnt. Somit tragen die parteiabhängigen Bauernvertreter die Mitverantwortung für die sich ständig verschlechternde Situation unseres Berufsstandes. Wir meinen, dass unsere Landesvertretung allen Grund hätte selbstbewusst aufzutreten. Die Bäuerinnen und Bauern haben ihre Höfe modernisiert und mechanisiert, aber die Agrarpolitik raubt uns ständig die Früchte unserer Produktivitätssteigerung. Beim EU-Beitritt haben wir Landwirte auf die Rechtsstaatlichkeit vertraut. Uns wurde versprochen, die Differenz zum Weltmarktpreis ersetzt zu bekommen. Wir erkennen heute, dass uns die Ausgleichszahlungen als Förderungen vorgehalten werden; außerdem werden sie ständig gekürzt und an Greening Auflagen gekoppelt, was einen klaren Vertrauensbruch darstellt. Die Höhe der Betriebsprämie wird immer weniger anstatt der Inflation angepasst: Im Jahr 1995 waren es 330 Euro, inflationsbereinigt wären es 512 Euro für 2020, und für 2023 sind nur mehr 203 Euro vorgesehen. Dabei sollten die Ausgleichszahlungen die Preisverluste abgelten.

Geld kommt nicht an

Mit Almosen und Millionenshow-Programm täuscht der Bauernbund Aktivitäten in der Agrarpolitik vor. Wer kein Geld verdient, kann nicht investieren, außer auf Pump. Das Verhandlungsgeschick unserer Bauernbund-Funktionäre sieht so aus, dass von den propagierten 400 Millionen Euro Entlastungspaket auf dem Konto der Bauern nichts angekommen ist, außer der Neid der Öffentlichkeit.

Wenn die Bewirtschaftung eines Hektars Autobahngrünstreifen pro Jahr 62.000 Euro kostet

und dies keine Rolle spielt, dann ist unsere Forderung von 900 Euro für die ersten 30 Hektar gerechtfertigt.

Der UBV fordert auch den Kinderbonus von 1500 Euro für alle Bauernkinder sowie einen Zuschlag von 200 Euro pro Kind bei der Bäuerinnen-Pension.

Wir wehren uns gegen nicht kostendeckende Produktpreise, teilweise schikanöse Sanktionen, Abgaben, übermäßige Kontrollen und sinnlose Bürokratie sowie die Entrechtung der Grundbesitzer! In der OÖ Kammerzeitung versprechen die Bauernbund-Vertreter Eigentum zu schützen, im OÖ Landtag stimmen alle bäuerlichen Vertreter für die Entrechtung bei Enteignungen der Grundbesitzer.

Alle diese Punkte wären Aufgabe unserer Landesvertretung. Wir wollen, dass unsere Landwirtschaftskammer die Anliegen ihrer Pflichtmitglieder auch vertritt. Wir Bäuerinnen und Bauern waren noch nie so gut ausgebildet wie heute, aber wir haben uns noch nie so viel gefallen lassen wie jetzt. Wir haben laut Grünen Bericht einen Stundenlohn von 5 Euro. Welche sonstige Interessenvertretung würde das so gelassen hinnehmen? Wenn der UBV mit noch mehr Gewicht in der Kammer die bäuerlichen Interessen vertreten soll, dann brauchen wir Deine Stimme. Deine Stimme für den UBV ist eine Stimme für eine gerechtere, bäuerliche Zukunft! **Liste 2**



KR ÖR Karl Keplinger

		Herbert Poimer Schweinezucht/Nebenerwerb Hellmonsödt			
	Johann Parzer Milchvieh Taiskirchen				Herbert Pühringer Rinderzucht, Milch Gemeinderat Bürgerliste Hörbich
Josef Schmitzberger Rinderzucht, Milch Pischelsdorf					Martin Auinger Bio Milchproduktion Natternbach
	Maria Hauhart Zuchtsauen, Legehennen Neuhofen				
				Ferdinand Lindinger Milch, Rindermast, Wald Diersbach	
	Stefan Stadlbauer Bio Milch Rohrbach				
				Christian Ezinger Spezialkulturen Reichersberg	
	Leopold Schaumberger Reitpferde Vorchdorf				
				Franz Kaiser Rinderzucht/Milch Redleiten	
	Anton Stummer Milchviehbetrieb Hellmonsödt				
				Josef Kasinger Obst/Selbstvermarktung Burgkirchen	
	Josef Kohlbauer Fleischproduktion Selbstvermarktung Schardenberg				
		Manfred Mairhofer Hühner/Eier- und Nudelprod. Pötting			
				Katharina Achleitner Milch, Stiermast, Forst Enzenkirchen	
		ÖR Karl Ketter Bio Milch Selbstvermarktung St. Florian am Inn	Christian Kernecker Rinderzucht, Milch Ortsbauernobmann Waldburg		
Erich Perger Spezialkulturen, Milch Selbstvermarktung Windhaag					
	Ing. Anna Ornetsmüller Milch, Forst Lohnsburg	Lukas Labmayr Obm. MMG Pramtal Schweinemast St. Marienkirchen/SD	Erich Kraml Stiermastbetrieb Lembach	Günther Meier Bio Milch u. Masthühner Zell an der Pram	Josef Schatzl Obm. MMG Peuerbach Rinderzucht, Milch Peuerbach
					Christian Steindl Sägewerk, Milchvieh Pabneukirchen

Einkommen

Bauerneinkommen nur 916 Euro pro Monat

Die Auswertung der Buchführungsdaten von knapp 2.000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ergibt im Jahr 2019 ein Jahreseinkommen von 27.966 Euro je Betrieb. Zum Vergleich: 2011 waren es noch 36.000 Euro, also um 30 % mehr.

Wenn man das Jahreseinkommen 2019 auf die am Hof arbeitenden Arbeitskräfte umlegt, ergibt das 19.000 Euro je Arbeitskraft. Zieht man davon die Sozialversicherungsbeiträge ab, kommt man nurmehr auf 11.000 Euro. Das ergibt dann einen Monatslohn von 916 Euro für 12 Monate. Würde man auf 14 Monate rechnen, kommt man auf sage und schreibe nur 785 Euro, also weniger als die durchschnittliche Bauernpension. Dabei ist zu bedenken, dass diese mit durchschnittlich 850 Euro die niedrigste aller Pensionen ist.

Veränderung dringend notwendig!

Alle Landwirtschaftsminister seit 1986, alle Kammerpräsidenten und beinahe alle Agrarlandesräte kommen vom Bauernbund (ÖVP) und sind für die desaströse Einkommenssituation der Österreichischen Land- und Forstwirte verantwortlich.

Das, was derzeit der Bauernbund als gute Agrarpolitik präsentiert, hat nichts mit Agrarpolitik zu tun. Die Land- und Forstwirte werden mit Marketing-Geschichten



Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio.de

und Schönreden – ihre schlechten Einkommen betreffend – beglückt. Inhaltslose Absichtserklärungen sollen zudem den Eindruck von Aktivitäten erzeugen. Die Realität ist: Die Bauern sind die Letzten beim Einkommen und es geht seit 1995 bergab! Während im Jahr 1986 noch 300.000 Bauern wirtschafteten, sind es heute nur noch 150.000.

Für uns Landwirte hat die parteipolitische Interessensvertretung (BB) nichts erreicht. Das Versprechen, dass das betriebliche Wachstum die Einkommenssituation nachhaltig sichert, wurde von der Agrarpolitik nicht eingelöst und von der LK nicht nachdrücklich gefordert. Nur durch die Kreativität und Tüchtigkeit von uns Bauern wurden Produktnischen geschaffen, die den Fortbestand vieler Höfe ermöglichen. Die Aufgabe einer Interessensvertretung besteht nicht darin, die Nachahmung zu propagieren und zu fördern, sondern dafür zu sorgen, dass die Nischen gewinnbringend bleiben und vor allem, dass auch mit Getreide, Fleisch und Milch ein kostendeckendes Wirtschaften möglich ist.

Agrarmarkt Austria

AMA Auftraggeber ist der Landwirtschaftsminister/in – Bauernbund. AMA Verwaltungsratsvorsitzende ist die LWK Präsidentin Michaela Langer-Weninger.

Der UBV fordert, dass sich der Schwerpunkt bei den Kontrollen auf das Endprodukt konzentrieren muss und nicht auf die Bauern und deren Flächen. Das gibt Sicherheit für Produzenten und Konsumenten und spart bei der Verwaltung.

Stopp den Kontrollen. Derzeit werden 5 % der Landwirte kontrolliert, obwohl laut EU 2 % ausreichen würden. In Zukunft genügen 1 %.

Überparteilichkeit

Der Bauernbund behauptet, ...

... dass der UBV nichts erreichen kann, weil er nicht in Landtag, Bundesrat sowie Nationalrat vertreten ist.

Genau das Gegenteil ist der Fall.

In den meisten europäischen Ländern werden die Bauern von freiwilligen parteiunabhängigen Bauernverbänden vertreten. Nur in Österreich gibt es eigenartige Gebilde – ein alles durchdringender total parteiabhängiger Bauernbund verschafft sich durch eine skurrile Kammer-Pflichtmitgliedschaft einen in der Praxis nicht existierenden überparteilichen Anstrich.

Österreichs Landwirte brauchen ein Ende der Bauernbund-Herrschaft. Sie haben die nur 5 Euro pro Arbeitskraftstunde bei den Bauern zu verantworten, obwohl sie in allen Gremien vertreten wären. Es wäre angebracht, sich endlich konkrete Ziele zu setzen. Zum Beispiel in den nächsten sechs Jahren das Einkommen mindestens zu verdoppeln, also über 10 Euro pro Arbeitskraft-Stunde.

In den Ländern

Deutschland	Belgien
Luxemburg	Niederlande
Schweden	Schweiz
Finnland	Frankreich
Liechtenstein	usw.

werden die Landwirte von unabhängigen Bauernverbänden vertreten und das bäuerliche Einkommen ist mit 30.000 bis über 40.000 Euro pro AK mehr als doppelt so hoch wie in Österreich!



KR ÖR Johann Großpötl



KR Johann Großpötl und KR Karl Keplinger mit dem damaligen COPA Präsidenten, Hans-Joachim Rukwied beim Kongress der europäischen Landwirte in Linz.



Beim UBV Landesverbandstag 2020 wies DI Günther Felßner darauf hin, dass **das Einkommen der Bauern-Funktionäre aus der Landwirtschaft kommen muss und nicht aus der Funktion, um so einer politischen Abhängigkeit vorzubeugen.**

Der UBV fordert neue Wege in der Agrarpolitik

Bis 1995 haben viele (auch wir Bauern) in der Landwirtschaft Geld verdient, heute gibt es im Agrarsektor viele Verlierer und wenige Gewinner. Das derzeitige Agrarmodell ist unfair und führt zu einem finanziellen Ausbluten der Agrarregionen zugunsten der Ballungszentren. Wenn das derzeitige Agrarmodell angeblich nicht zu ändern ist, so ist es trotzdem Aufgabe einer Landesvertretung, zum Schutz der Mitglieder Programme und Vorschläge zu erarbeiten, die die derzeitige Ausbeutung einer ganzen Berufsgruppe beendet. Wir vom UBV haben dazu ein Modell erarbeitet und eine Reihe begleitender Forderungen erstellt:

- ✓ **Wir brauchen 3 Mrd. mehr Einnahmen als aktuell.** Dann haben wir wirtschaftlich eine Zukunft. Wir bekommen Ausgleichszahlungen ohne Indexanpassung. Das muss sich ändern, damit die Kaufkraft der Bauern wieder stimmt.
- ✓ **Der UBV fordert eine unverwechselbare Produkt-Herkunft-Kennzeichnung.**
- ✓ **Der UBV fordert den verpflichtenden Einkauf von AMA-Gütesiegel-Produkten bei öffentlichen Einrichtungen.**
- ✓ **Der UBV fordert die Wiedereinführung des steuerfreien Diesels für die Land- und Forstwirtschaft!**
- ✓ **Der UBV fordert faire Spielregeln am Markt.** Keine internationalen Handelsabkommen, bei denen die Land- und Forstwirtschaft die Zeche zahlen soll bzw. keine ausreichende Abgeltung erfolgt. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Land- und Forstwirtschaft die für die Vorteile anderer Branchen geopfert wird.
- ✓ **Der UBV fordert faire Spielregeln, sowie eine Leistungsabgeltung für jeden Hektar bewirtschaftetes Kulturland, damit haben auch kleinere Strukturen wieder eine Perspektive.**
- ✓ **Der UBV fordert eine Leistungsprämie für die CO₂-Speicherung in Böden von 200 Euro je Hektar.**
- ✓ **Ein Ende der Tatsache, dass Österreich fast jede EU-Regel verschärft.**
- ✓ **Der UBV fordert die Zurücknahme der Erhöhung der Einheitswerte.** Niemand zahlt bei weniger Einkommen mehr Steuern! Nur die Land- und Forstwirtschaft. Man sprach von maximal 10 %, es sind in der Praxis knapp 20 % und bei vielen Betrieben bis zu 100 % und sogar noch mehr!
- ✓ **Der UBV fordert nur einen Mehrfachantrag je Periode.**
- ✓ **Nein zur Bestrafung der Bio-Bauern!** Man muss den Bio-Bauern im Zusammenhang mit der Weide-Regelung eine faire Chance geben. Die Bauern jahrelang in Sicherheit zu wiegen und ihnen nun eine Strafe anzudrohen, welche ihre Existenzen vernichtet, ist nicht akzeptabel.
- ✓ **Stopp des Verbots der Anbinde-Haltung.** Der UBV fordert eine praxismgerechte Lösung bei der Behörde für jene Betriebe, denen bisher ein Umbau ihrer Stallungen aus ökonomischen Gründen nicht möglich war. Seit 01.01.2020 gilt ein Verbot der Anbindehaltung bei Rindern. Dieses Verbot ist nicht praxistauglich und gehört sofort rückgängig gemacht.
- ✓ **Wiedereinführung der Mutterkuh-, Schaf- und Ziegenprämie.**
- ✓ **Saisonarbeiter nach dem deutschen Modell**
- ✓ **Wir fordern Spielregeln und Rahmenbedingungen.** Ein fairer Wettbewerb funktioniert nur, wenn es Spielregeln in der Wirtschaft gibt, die auch die Land- und Forstwirtschaft berücksichtigen.
- ✓ **Keine Kürzung der Direktzahlungen (das ist UNSER Geld) zugunsten der 2. Säule.** Bei den derzeit schlechten Agrarpreisen brauchen unsere Höfe jeden Euro.
- ✓ **Keine zusätzlichen Greening-Auflagen bei den Direktzahlungen.** Die derzeitigen sind schon ein klarer Vertrauensbruch zu den Versprechungen von 1995.

Daher fordert der UBV dezidiert faire Spielregeln ein – in der EU, sowie für den interkontinentalen Handel. Derzeit haben wir keine Spielregeln, sondern eine Willkürherrschaft, wo bei jedem internationalem Handelsabkommen die Land- und Forstwirtschaft die Zeche zahlen darf. Beispiel: Hier will man Wirkstoffe im Pflanzenschutz verbieten. Bei importierten Waren im Regal des Lebensmittelhandels spielt das keine Rolle! Der UBV lehnt dies vehement ab und fordert daher echte Spielregeln!

Abgeltung je ha Kulturland:

1–30 ha	900,00 Euro – davon 200,00 € als CO ₂ -Prämie (inkl. Almflächen)
31–60 ha	700,00 Euro – davon 200,00 € als CO ₂ -Prämie (inkl. Almflächen)
61–100 ha	500,00 Euro – davon 200,00 € als CO ₂ -Prämie (inkl. Almflächen)
Über 100 ha	200,00 Euro – davon 150,00 € als CO ₂ -Prämie (inkl. Almflächen)

Biobauern: + 400,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Tierhalter: + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Vorgaben: mindestens 0,5 GVE & max. 2 GVE je ha, Auslaufmöglichkeit bzw. & Laufstall

Tier-Wohl: + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Für Benachteiligungen bei der Bewirtschaftung gibt es Staffelungen je Hektar:

Erschwernis 1 + 100,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Erschwernis 2 + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Erschwernis 3 + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Erschwernis 4 + 500,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Landschaftselemente: + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Beim Wald gilt folgende Staffelung:

1–30 ha 400,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie

31–60 ha 350,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie

61–100 ha 300,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie

Über 100 ha 200,00 Euro – davon 150,00 € als CO₂-Prämie

Für Flächen über 1.000 ha gibt es keine Leistungsabgeltungen mehr, bei der CO₂-Prämie sind jedoch 100,00 Euro angesetzt.

Beispiel:

Ein Betrieb hat 110 ha. Dann erhält dieser für die ersten 30 ha 900 Euro, für die zweiten 30 ha 700 Euro und für die 40 ha auf 100 ha gerechnet 500 Euro je ha. Für die 10 ha darüber bekommt der Betrieb jeweils noch 100 Euro. Dazu gibt es bei jedem Betrieb die Option von Zuschlägen für Bio bzw. generell für Tierhalter sowie für Tierwohl und Landschaftselemente (jeweils ohne Almflächen)!

So kann Bauernvertretung nicht funktionieren

Sind die Rahmenbedingungen für die bäuerliche Sozialversicherung noch zeitgemäß? Die Beiträge zur Sozialversicherung werden – so ist es gesetzlich festgeschrieben – jährlich der Inflation angepasst, also erhöht. Für Direktzahlungen und Produktpreise erfolgt keine Inflationsanpassung.

Mit dem Beitritt Österreichs zu Europäischen Union und der grenzenlosen Öffnung der Agrarmärkte wurden gleichzeitig Direktzahlungen zum Ausgleich für das niedrigere Preisniveau eingeführt. Diese Direktzahlungen sind weder wertgesichert noch werden diese durch irgendwelche Vorgaben der Inflation angepasst.

Daraus ergibt sich, dass der laufende Kaufkraftverlust der Direktzahlungen und die stagnierenden Produktpreise nur durch Wachstum der Betriebe sowie Rationalisierung abgefangen werden können. Das Wachstum und die Rationalisierung der Betriebe stoßen aber da an seine Grenzen, wo die Produktionsmethoden von den Konsumenten nicht mehr akzeptiert werden und die natürlichen Gegebenheiten ein Wachsen nicht mehr zulassen.

Einseitige Inflationsanpassung

Im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz § 108 Abs. 2 sind die jährlichen Aufwertungen (Erhöhung) der Sozialversicherungsbeiträge festgeschrieben, und diese werden von der bäuerlichen Vertretung auch geduldet. Die Aufwertung beträgt jährlich etwa 1,8 bis 2,2 Prozent. Das bedeutet, dass die Beiträge zur Sozialversicherung jährlich um diesen Prozentsatz angehoben werden.

Zusatzpensionen

Angesichts der niedrigen Bauernpensionen interessant, dass z. B. auch viele ehemalige Beschäftigte der SVB fürstliche Zusatzpensionen beziehen. Über 1400 ehemalige SVB Bedienstete dürfen sich im Schnitt über eine monatliche Rentenaufbesserung von ca. 1.280 Euro freuen.

Bei anderen Berufsgruppen werden die Löhne und Tarife jährlich mindestens in Höhe der Inflation angehoben. Nur bei den Bauern gelten andere Spielregeln, eine Erhöhung bzw. Aufwertung der Direktzahlungen findet nicht statt. Diese Situation ist ziemlich unverständlich.

Somit dulden wir den Umstand, dass mit politischem Willen die Preis/Kostenschere durch gesetzliche Regelungen zu Ungunsten der Bauern immer weiter aufgeht. So kann Berufsvertretung wirklich nicht funktionieren.



Die UBV Bäuerinnen Bezirk Schärding

FORDERUNGEN FÜR DIE BÄUERINNEN
Der UBV fordert auch den Kinderbonus von 1.500 Euro für alle Bauernkinder sowie einen Zuschlag von 200 Euro pro Kind bei der Bäuerinnen-Pension.

Unsere Anträge

Bio-Audit

Die betroffenen Bio-Betriebe für die gesamte Förderperiode finanziell schadensfrei zu halten.
 (Antrag im Dez. 2019)

ABGELEHNT

GAP-Prämie

Höhere GAP-Prämie aus der 1. Säule für die ersten 30 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche
 (Antrag im Juni 2020)

ABGELEHNT

Corona-Entschädigung

Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge der Bauern für das Jahr 2020
 (Antrag im Juni 2020)

ABGELEHNT

Ausgleichszahlungen

Gewährung indexierter Ausgleichszahlungen.
 (Antrag im Dez. 2019)

ABGELEHNT

Beratungsgespräche

Nicht Aufzeichnung des Inhaltes von Beratungsgesprächen der Landwirtschaftskammer
 (Antrag vom Juni 2019)

ABGELEHNT

Mutterkuhprämie

Wiedereinführung der Mutterkuhprämie
 (Antrag im Sept. 2015)

ABGELEHNT

Wasserversorgung

§ 6 des OÖ. Wasserversorgungsgesetz abändern und Anschlusszwang abschaffen
 (Antrag im Sept. 2020)

ABGELEHNT

Tierwohlprämie

Erhöhung der Tierwohlprämie bei Strohhaltung in der neuen GAP-Periode auf 300 Euro pro GVE und auch für Kälber und weibliche Rinder zu gewähren.
 (Antrag im Juni 2020)

ABGELEHNT

Wolf und Biber

Aufhebung des Bejagungsverbots von Wolf und Biber
 (Antrag Sept. 2017)

ABGELEHNT

Gülle ausbringen

Gülle und Jauche in bisher gewohnter Form ausbringen
 (Antrag im Juni 2020)

ABGELEHNT

Freihandelsabkommen

Bei Freihandelsabkommen Verluste für die Landwirtschaft finanziell abgelten.
 (Antrag Dez. 2017)

ABGELEHNT



Ein motiviertes Team: ÖR Stefan Wurm, KR Hannes Winklehner, KR ÖR Karl Keplinger, KR Dipl.-Päd. Klaus Wimmesberger und KR ÖR Johann Großpötl vor dem Eingang der Landwirtschaftskammer OÖ.

Politikergehälter in Österreich

Bundesebene

Amt / Funktion	Gehalt pro Monat in Euro
Bundespräsident	25.332
Bundeskanzler	22.618
Vizekanzler (mit Ressort)	19.904
Nationalratspräsident	18.999
Vizekanzler (ohne Ressort)	18.456
Minister	18.094
Rechnungshofpräsident	16.610
Staatssekretär (mit Aufgaben)	16.610
2. & 3. Nationalratspräsident	15.380
Klubobmann im Nationalrat	15.380
Staatssekretär (ohne Aufgaben)	14.765
Mitglied der Volksanwaltschaft	14.765
Nationalratsabgeordneter	9.228
EU-Abgeordneter	9.228
Bundesratspräsident	9.228
Bundesratspräsident (Stv.)	6.460
Fraktionsvorsitzender im Bundesrat	6.460
Bundesratsmitglied	4.614

Landesebene

Amt / Funktion	Gehalt pro Monat in Euro
Landeshauptmann	18.456
Landeshauptmann (Stv.)	17.533
Landesrat / Mitglied der Landesregierung	16.610
Landtagspräsident	13.842
Klubobmann im Landtag	12.919
LWK-Präsident OÖ	9.228
Landtagsabgeordneter	7.382

Gehälter der Bürgermeister in OÖ in Euro

Einwohnerkategorie	Hauptberuflich	Nebenberuflich
bis 1.000	3.524,10	2.851,60
1.001 bis 2.000	3.990,50	3.318,00
2.001 bis 3.000	4.456,90	3.784,40
3.001 bis 4.500	5.169,50	4.157,50
4.501 bis 10.000	6.896,90	4.996,80
10.001 bis 15.000	7.714,30	5.701,40
15.001 bis 20.000	8.532,50	6.519,60
über 20.000	9.351,70	7.337,90

Quelle: www.finanz.at

Kann LK tun, was sie will?

03.09.2020 von Redaktion top agrar Österreich

Im Tierzuchtgesetz wird die Kammer als Behörde ausgewiesen. Wie aus dem Strafakt gegen den Obmann des Ziegenzuchtverbandes hervorgeht, haben mehrere Landwirte über dubiose Vorgänge im Fachverband Beschwerde eingereicht. Also können die Behauptungen, von nichts gewusst zu haben, nicht der Wahrheit entsprechen. Weiters hat die Rechtsabteilung erheblichen Aufwand betrieben, um Anschuldigungen gegen den Obmann zu widerlegen, anstatt ihrer Anzeigepflicht nachzukommen! „Diese Abteilung ist ausschließlich zur Beratung von Landwirten da“, so Kammerdirektor Dietachmair wörtlich, „es ist keine Anwaltskanzlei.“ Dieselbe Abteilung hat mir mitge-

teilt, dass die Kammer alle Kontrollrechte hat. Auf Anfrage bei der Landesregierung hat auch diese die Zuständigkeit bestritten. Von derselben Stelle wurde auch ein Antrag auf finanzielle Unterstützung für einen Landwirt mit der Begründung abgewiesen – Begründung Anfängerpech. Kann die LK tun, was sie will? Ist es wirklich Aufgabe eines Landwirtes, die Staatsanwaltschaft einzuschalten? Ist das die Standesvertretung, die man sich wünscht? Sollte sich die Kammer die Tatsache, einem Betrüger aufgesessen zu sein, eingestehen? Kann man diesen schwarzen Faden durchtrennen?

Wolfgang Mayerhuber,
4715 Taufkirchen



Die jungen Unabhängigen Bezirk Scharding

FORDERUNGEN FÜR DIE JUNGBAUERN

Die jungen Unabhängigen vom UBV fordern 10.000 Euro nach Schulabschluss, wenn sie am Hof bleiben und nach der Hofübernahme 25.000 Euro Startkapital.

24. Jänner - UBV!

Beim Bauernbund regiert die Abgehobenheit!

Daher gilt bei der Kammerwahl am 24. Jänner in Oberösterreich: Bauern wählt den UBV, nur dann ändert sich etwas in der Agrarpolitik!

Egal ob bei Kammervollversammlungen auf Landes- oder Bezirksebene in OÖ, NÖ, Salzburg oder der Steiermark: Aus der Sicht des Bauernbundes sind die extrem schlechten Einkommen der Land- und Forstwirte kein Grund, darüber bei einer Kammervollversammlung zu diskutieren bzw. Anträge mit konkreten Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung der Einkommen für die Land- und Forstwirte anzunehmen.

Man schiebt konkrete Vorschläge wie eine lästige Fliege einfach auf die Seite und betrachtet es als Majestätsbeleidigung, wenn jemand anderer, als der Bauernbund Vorschläge für eine Verbesserung der Bauereinkommen einbringt. Beim Bauernbund gilt augenscheinlich das Motto gegenüber allen anderen gewählten Bauernvertretern in den Vollversammlungen der Landwirtschaftskammern: „Mir sand mir, alles andere interessiert uns nicht“. Dazu betont man, es gehe den Bauern eigentlich eh bestens.

Dann sollten wir Bauern den 24. Jänner 2021 dazu nutzen eine entsprechende Antwort zu geben:

Dieses Mal vertrauen wir dem UBV – Unseren Bauern Verpflichtet – Liste 2

Verhandlung gegen Ziegen-Obmann: „Urteil kommt Geständnis gleich“

10.07.2020 von Redaktion top agrar Österreich

Die Verhandlung gegen den Obmann des Landesverbandes für Ziegenzucht und -haltung OÖ wegen schweren Betruges endete am 22. Juni vor dem Landesgericht Linz, bevor sie richtig angefangen hatte – mit einer Diversion (Geschäftszahl: 27 HV 34/20g/LG Linz). Dies bedeutet, dass der beschuldigte Obmann die Verantwortung für die ihm vorgeworfenen Delikte übernimmt. „Dies kommt einem Geständnis gleich“, erklärt Mag. Walter Eichinger, Vizepräsident und Leiter der Medienstelle des LG Linz. Der Vorwurf lautete auf betrügerischen Verkauf von Ziegen aus Betrieben, die hinsichtlich Pseudo-TBC positiv oder in Sanierung waren. Weiters wurde ihm ein Vergehen der anderen Gefährdungen des Tier- oder

Pflanzenbestandes nach §182 Abs 1 Z 1 StGB (hinsichtlich der Gefahr der Verbreitung der infektiösen Tierkrankheit Pseudotuberkulose) vorgeworfen (siehe Ausgabe 4/2020, S. 7 sowie 11/2019 ab Seite 12). Nach den Eingangsstatements der beiden Verteidiger (vor Gericht stand neben dem Obmann noch ein mitbeschuldigter Betriebsinhaber) boten diese eine Diversion an – dieser stimmte die Staatsanwältin zu. Somit verzichtete die Richterin auf die Durchführung eines förmlichen Strafverfahrens. Die Beschuldigten übernehmen damit die Verantwortung für die Taten und erklärten sich zur Zahlung von Bußgeldern bereit. Im Falle des Obmannes legte die Richterin ein Bußgeld von 1400 € fest.

Nach Einzahlung der Geldbußen stellte die Richterin das Verfahren gegen die Beschuldigten ein. „Damit sind beide formell nicht vorbestraft“, erklärt Eichinger. Allerdings wird die Diversion justizintern für zehn Jahre gespeichert. Einer der betroffenen Landwirte, Wolfgang Mayerhuber, hatte sich vorher bereits zivilrechtlich auf einen Vergleich mit dem Obmann geeinigt. Mayerhuber findet es traurig, dass „man hier die Staatsanwaltschaft bemühen musste. Laut Tierzuchtgesetz liegt die Verantwortung bei der Landwirtschaftskammer. Diese will ihrer Aufgabe aber nicht nachkommen“. Der Landwirt wolle dahingehend weiter recherchieren.

So kann man das Ansehen der Bauern nicht heben!



ÖR Karl Keplinger mit Präsident des Bayerischen Bauernverbandes Walter Heidl beim COPA Kongress in Linz.



ÖR Johann Großpötlz mit dem EDF-Präsidenten, Neil Dyson(GB) und Xusto Sanchez Varela vom spanischem Bauernverband beim EDF (European Dairy Farmers) Kongress 2018 in Santiago de Compostela.



KR Johann Großpötlz zu Besuch bei LK-Präsident Josef Moosbrugger in Vorarlberg.



KR Karl Keplinger und KR Hannes Winklehner mit AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.



ÖR Karl Keplinger, Sekretärin Margarete Rumpl und ÖR Johann Großpötlz im Gespräch mit dem Soziologen em. Univ.-Prof. Dr. Klaus Zapotoczky.



KR ÖR Karl Keplinger und KR Klaus Wimmesberger trafen sich mit Bundeskanzler Sebastian Kurz.

UBV für Erdkabel – BB für Freileitung

Wir vom UBV kämpfen jetzt schon über 20 Jahre für die Erdkabelvariante. Leider lässt uns der Bauernbund bei unserer Forderung nach einer Erdkabelvariante im Stich und stimmte in den letzten Jahren immer wieder dagegen. Er vertritt lieber die Interessen der Landesregierung und der Energiekonzernaktionäre.

Wie hoch sind die Übertragungsverluste?

Die Übertragungsverluste bei modernen Erdkabeln liegen etwa 30 % unter jenen der Freileitungen – sind also viel effektiver in der Energieübertragung.

Warum verursacht eine Freileitung mehr Strahlung als ein Erdkabel?

Es pulsieren zwei Felder: ein elektrisches Feld und ein magnetisches Feld.

1. **Elektrisches Feld:** Erdkabel besitzen in der Ummantelung eine Abschirmung (Faradayscher Käfig) und dieser schirmt das elektrische Feld nach außen komplett ab.

2. **Magnetisches Feld:** Aufgrund der Verlegeteart (Nähe der drei Phasen zueinander) wird

vom Erdkabel ein wesentlich geringeres magnetisches Feld abgestrahlt.

Welche Leitungsvariante ist langfristig günstiger?

Die Erdverkabelung ist langfristig wesentlich kostengünstiger!

Müsste man durch ein Erdkabel nicht annähernd

gleich viele Bäume schlägern?

380 kV Freileitungen benötigen einen Trassenaushieb von 80 m Breite. Die Erdkabeltrassen hingegen sind nur 3 m breit. Darüber hinaus ist die Trassenführung bei Erdkabeln entlang bestehender Infrastruktur wie Autobahnen oder Gleisanlagen möglich – diese sind in der Regel nicht bewaldet. Im Falle der 380 kV Salzburgleitung würde die Freileitungsvariante 800 ha Rodungsfläche bedeuten. Eine Erdverkabelung würde mit etwa 20 vha auskommen – das sind 2,5 % der Rodungsfläche der Freileitung!



KR Klaus Wimmesberger

So schaut Eigentumsverteidigung beim Bauernbund aus



UBV hinterfragt Langer-Weninger

Dem UBV irritiert das Verhalten der oberösterreichischen LK-Präsidentin und Landtags-Abgeordneten Michaela Langer-Weninger. Zuerst einen Antrag ablehnen und danach genau dessen Inhalt fordern, geht gar nicht zusammen.

Was war geschehen? In einem Antrag an die Vollversammlung der LK Oberösterreich regte der UBV ein Verkaufsverbot für mit Glyphosat behandelte Importprodukte an.

Der Bauernbund stimmte im Bauernparlament – neben der SPÖ – geschlossen dagegen. Doch keine 24 Stunden später stellte Bauernbündlerin und LK-Chefin Michaela Langer-Weninger genau diese Forderung.

Hü-Hott-Politik mit System?

Keplinger erinnert zudem an Langer-Weningers Abstimmungsverhalten in Sachen Enteignungsgesetze. Diesen ÖVP-Entwurf stimmte sie im OÖ Landtag zu, in der LK stimmte sie aber dagegen. Der verwunderte Ökonomierat fragt sich, „ob so die neue Interessenvertretung in Oberösterreich ausschaut. Ganz nach dem Motto: Dessen Brot ich esse, dessen Lied ich sing.“

17.12.2019 | Top Agrar

Wissenschaftler analysiert UBV-Arbeit

Neue Wege aus der Agrarpolitik

Die Corona-Krise ängstigt viele Menschen, stellt aber auch eine Möglichkeit der Erneuerung dar. Der Unabhängige Bauernverband (UBV) hat einen neuen Weg der Selbständigkeit, Regionalität und Landschaftspflege entwickelt. Die Bauern erzeugen regionale und qualitätsvolle Lebensmittel, aber sie benötigen faire gesetzliche Rahmenbedingungen, die national und EU-weit dringend zu schaffen sind. Die Bauern leisten außerdem Landschafts- und Naturpflege, die entsprechend zu entgelten ist und unser Land prägt. Daher empfehle ich: Gehen Sie wählen. Ihre Stimme ist wertvoll und zählt.



em. Univ.-Prof. Dr. Klaus Zapotoczky



Bauer sucht
ZUKUNFT

Es braucht neue Wege
in der Agrarpolitik



UBV

LK-WAHL



**DEINE STIMME FÜR EINE GERECHTERE,
BÄUERLICHE ZUKUNFT!**



BRIEFWAHL MÖGLICH!

Briefwahlkarte kann ab sofort beim Gemeindeamt beantragt werden, spätestens jedoch 3 Werktage vor dem Wahltag.



**Österreichischer
Unabhängiger Bauernverband**
Grub 8, 4771 Sigharting
Sekretariat:
Margarete Rumpel
0650 2624245
office@ubv.at

www.ubv.at